

**Bericht der interparlamentarischen Aufsichtskommission  
über die Fachhochschule Westschweiz (FH-Westschweiz)  
und die Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und  
Soziale Arbeit (FH-GS)**

**erstellt durch das Büro der Kommission**

Sehr geehrte Grossratspräsidentinnen und –präsidenten  
der Kantone Bern, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura

Sehr geehrte Abgeordnete

Die interparlamentarische Kommission unterbreitet Ihnen hiermit ihren Jahresbericht 2006. Es handelt sich um den dritten Jahresbericht. Er richtet sich an die Parlamente, deren Delegierte in der Kommission Einsitz nehmen.

Das Büro der Kommission setzt sich zusammen aus den Chefs der kantonalen Delegationen, d.h. aus Benoît Rey (FR), Jean-Albert Ferrez (VS), Janine Hagmann (GE), Anne-Marie Depoisier (VD), Anne Seydoux (JU), Anne-Lise Vaucher (BE) und der Unterzeichneten, welche für das Jahr 2006 als Kommissionspräsidentin amtiert.

**I. Arbeitsweise der Kommission**

Das Büro trat im letzten Jahr dreimal zusammen – jeweils vor den Vollversammlungen –, um diese vorzubereiten und die Arbeiten mit den kantonalen Delegationen zu koordinieren. Letztere halten grundsätzlich vorgängig ebenfalls eine Sitzung ab.

Im Verlaufe des Jahres 2006 wurde die Genfer Delegation aufgrund der kantonalen Wahlen in Genf teilweise erneuert. Ausserdem durften wir im September erstmals die Delegierten des Kantons Bern, der die Vereinbarung nun auch ratifiziert hat, begrüßen.

Einen besonderen Dank möchten wir an Anne-Catherine Lyon, Präsidentin der strategischen Ausschüsse, richten. Sie hat uns immer mit interessanten Informationen versorgt.

Im Weiteren gilt unser Dank dem Präsidenten der Leitungsausschüsse, Marc-André Berclaz, sowie dem Finanzverantwortlichen Thierry Bregnard. Ihre Mitarbeit bei allen Bürositzungen und Vollversammlungen erleichtert uns die Arbeit sehr und erlaubt es, einen Bezug zu den strategischen Ausschüssen und Leitungsausschüssen herzustellen.

Ausserdem möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, wie sehr wir die Arbeit des Kommissionssekretärs Olivier Rapin, des „Mannes der ersten Stunde“, schätzen. Wir danken ihm herzlich für seine Effizienz und Verfügbarkeit. Schliesslich sei auch Lydia Christe, Protokollführerin der Vollversammlungen, herzlich für die gute Arbeit gedankt.

## II. Sitzung vom 16. Januar 2006

Wir hatten Professor Pascal Sciarini eingeladen, seines Zeichens Direktor des Departements für Politikwissenschaft an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Genf. Herr Sicarini informierte uns über die Kompetenzen der Parlamente im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit.

Nachfolgend die Kernaussagen aus seinem Referat:

- Die interkantonale Zusammenarbeit ist eine Notwendigkeit und wird sich inskünftig im Rahmen der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) noch intensivieren.
- Die interkantonale Zusammenarbeit führt zu einem demokratischen Defizit: Sie führt zwangsläufig zu einer vierten – interkantonalen – Kompetenzebene.
- Die Organisation und die Verfahrensregeln müssen in den verschiedenen Kantonen standardisiert werden, so dass die kantonalen Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten in jedem Kanton dieselben Kompetenzen haben.

Die anschliessende Diskussion war äusserst interessant und es wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen.

Staatsrat Claude Roch, der Anne-Catherine Lyon ersetzte, überbrachte uns die Informationen der strategischen Ausschüsse:

- Bereich Design FH-Westschweiz: Der Bund hat die neue, von der FH-Westschweiz vorgeschlagene Struktur des Bereichs Design genehmigt. Es werden zwei Pole in Genf und Lausanne geschaffen. Der Studiengang Design an der *Haute Ecole d'arts appliqués* in La Chaux-de-Fonds wird aufgehoben. Ausserdem hat die FH-Westschweiz beim Bund ein Gesuch um Eröffnung eines neuen Studiengangs „*ingénieur designer*“ an der Hochschule ARC gestellt. Evaluation und Antwort im Juni 2006.
- Master in Architektur: Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat grünes Licht für die Integrierung des neuen Masterstudienganges Architektur in die Fachhochschulvereinbarung (FHV) gegeben. Dadurch ist auch die Finanzierung für Studierende aus der Deutschschweiz und dem Tessin geregelt.
- Organisation der Master-Studiengänge: Es laufen zurzeit Gespräche für die Ausarbeitung einer Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen, in welcher Kosten und Ausbildungsdauer geregelt werden sollen.
- Bereich Musik: Die Konservatorien Genf und Lausanne haben die FH-Anerkennung erhalten, die Entscheide in Bezug auf die Gesuche der Konservatorien Freiburg, Neuenburg und Sitten sind noch hängig.
- Ausweitung der Autorisierung zur Führung der FH: wird im Jahr 2006 für die Bereiche GSK (Gesundheit, Soziales und Kunst) evaluiert.
- Nationaler Tag der Forschung am 11. Mai 2006: Dieser Anlass wurde vom BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) und der Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz organisiert und sollte Vorzüge und Potenzial der verschiedenen Studiengänge hervorheben.

Anschliessend hielt Sophie Barbaza, Verantwortliche für den Bereich „Auftrag FH-Westschweiz“ ein Referat über die Anerkennung der kantonalen FH-Diplome auf dem Gebiet Gesundheit und Soziale Arbeit.

Die Anerkennungskommission wies mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Studiengängen und

Ausbildungsstätten hin. Ausserdem empfahl sie eine vertiefte Analyse der möglichen Zusammenlegung von Ausbildungsstätten mit niedrigen Studierendenzahlen.

Marc-André Berclaz präsentierte uns den Finanz- und Entwicklungsplan 2008–2011.

- Auf strategischer und institutioneller Ebene werden mehrere Ziele verfolgt, z.B. die Praxisnähe der Ausbildung, die Entwicklung von Innovationshilfen, die Stärkung der gemeinsamen Führung und die Verwaltung mittels Zielvereinbarungen.
- Im Bereich Entwicklung gilt es die neuen Studiengänge in Musik und bildender Kunst mit sehr unterschiedlichen Kulturen hervorzuheben sowie die Schaffung von Master-Studiengängen, bei welcher wirtschaftliche Besonnenheit mehr als nur eine leere Worthülse sein soll. Im Jahr 2011 werden die Studierendenzahlen voraussichtlich mit 14'000 Studierenden ihren Höhepunkt erreichen, bevor anschliessend mit einem demographisch bedingten Rückgang zu rechnen ist.
- Die FH-Westschweiz möchte in Zusammenarbeit mit der interparlamentarischen Kommission die interkantonale Zusammenarbeit neben der Bildung auch in weiteren Bereichen vorantreiben und die Voraussetzungen für eine Kompetenzaufteilung schaffen.
- Die FH-Westschweiz sucht nach Möglichkeiten, die regionalen Pole und Netzwerke zu stärken, um kleinere Ausbildungsstätten von der Zusammenarbeit mit grösseren Einrichtungen profitieren zu lassen und das Überleben der kleineren Strukturen so zu sichern.
- Es muss eine Beibehaltung der stabilen Finanzentwicklung angestrebt werden, dies auch im Zusammenhang mit den Mitteln, die der Bund gemäss revidiertem Fachhochschulgesetz für die Ausweitung auf die GSK-Bereiche bereitstellt.
- Die FH-Westschweiz konzentriert sich auf Bachelor-Studiengänge und – in beschränkter Masse – auf Master-Studiengänge.

Thierry Bregnard nahm anschliessend Stellung zu Finanzfragen. Zwischen 2006 und 2011 nimmt die finanzielle Beteiligung der Kantone um rund 7 Mio. zu. Dies ist zurückzuführen auf die Schaffung von Master-Studiengängen, die Förderung der Forschungstätigkeiten und die höheren Studierendenzahlen. Es handelt sich jedoch um provisorische Zahlen. Die definitiven Beträge sind insbesondere von der Höhe der Bundessubventionen abhängig.

### **III. Sitzung vom 24. April 2006**

Anne-Catherine Lyon informierte uns, dass der neue Studiengang „*ingénieur designer*“ an der Hochschule ARC vom BBT genehmigt wurde. Einziger Vorbehalt: der Name des Studiengangs. Dieser dürfe keine Ambiguitäten mit Berufen im Bereich Design hervorrufen.

Thierry Bregnard informierte uns umfassend über die Rechnungsabschlüsse 2005 der FH-Westschweiz und der FH-GS. Ein Abgeordneter warf erneut die Frage der Kompetenzen der interparlamentarischen Kommission auf. Er vertrat die Ansicht, dass die Abgeordneten keine Interventionsmöglichkeiten hätten und erinnerte daran, dass die kantonalen Delegationen die Aufgabe haben, ihrem jeweiligen Parlament Bericht zu erstatten. Er fragte auch, welche Behörde eigentlich die Rechnungsabschlüsse genehmige.

Thierry Bregnard erläuterte daraufhin, dass der Rechnungsabschluss Gelegenheit bieten solle, allgemeine politische Aspekte zu debattieren. Die formelle Genehmigung der Rechnungsabschlüsse liegt im Zuständigkeitsbereich der strategischen Ausschüsse.

Staatsrätin Anne-Catherine Lyon wies darauf hin, dass die interparlamentarische Kommission gemäss dem ihr zugrunde liegenden interkantonalen Konkordat ein Gremium sei, das Vormeinungen abgebe. Bei der Unterbreitung der Rechnungsabschlüsse kann sich die Kommission ein Bild über die hauptsächlichen Stossrichtungen machen sowie

Anmerkungen und Wünsche anbringen, auch wenn sie keine Entscheidungsbefugnis hat. Staatsrätin Lyon betonte aber noch einmal, dass die Parlamente – angesichts der Tatsache, dass sie über das Budget der FH-Westschweiz abstimmen (welches Bestandteil der jeweiligen Kantonsbudgets bildet) – das letzte Wort haben.

Es wurde auch eine Frage zu den ECTS-Krediten aufgeworfen: Staatsrätin Lyon wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die kreditbasierte Finanzierung einen Meilenstein darstelle. Vorher musste man quasi „erraten“, in wie vielen Jahren oder Semestern ein Student wohl seine Ausbildung an der Universität oder der FH abschliesst, was keine befriedigende Lösung darstellte. Heute hat ein Student das Recht, bis zu 240 Krediten „im System zu verbleiben“, wobei es zu beachten gilt, dass für den Bachelor mindestens 180 Kredite nötig sind. Somit bleibt bei Nichtbestehen eine Reserve von 60 Krediten. Mit den ECTS-Krediten verfügt man über eine „einheitliche Währung“, die es den Studierenden erlaubt, ihre Ausbildung in ihrem eigenen Rhythmus zu absolvieren.

Die Kommission widmete sich ausserdem dem Vorentwurf des Budgets 2007. Hierbei wurden seitens der anwesenden Abgeordneten zahlreiche Fragen aufgeworfen. Der starre Rahmen der Kosten-/Leistungsrechnung ist den politischen Entscheidungsträgern ein Dorn im Auge. Da es sich dabei aber um eine Vorschrift des BBT handelt, hat man wenig Handlungsspielraum.

Viele Fragen gab es im Zusammenhang mit dem Transfer der Studiengänge in den Bereichen Musik und Kunst. Staatsrätin Lyon nimmt wie folgt Stellung: Die Neuenburger, Freiburger und Walliser Konservatorien haben die FH-Anerkennung aufgrund ihrer Grösse noch nicht erhalten. Diese Kantone scheinen jedoch allesamt gewillt, ihre Ausbildungsstätten beizubehalten. Die anerkannten Konservatorien von Genf und Lausanne haben mit den Konservatorien der erwähnten Kantone Kontakt aufgenommen, um über eine eventuelle Angliederung zu diskutieren, die es erlauben würde, dass die für die FH-Anerkennung nötige kritische Masse erreicht wird.

Martin Kasser, Vizepräsident der Leitungsausschüsse, stellte ein Evaluationsprojekt für die Bachelor-Konzepte der FH-Westschweiz vor. Dieses Projekt bildet festen Bestandteil des Bologna-Prozesses. Die statistischen Aspekte dieses Dossiers wurden von Véronique Hadengue, wissenschaftliche Mitarbeiterin, kommentiert.

#### **IV. Sitzung vom 4. September 2006**

Die Kommission vernahm, dass der Kanton Bern die FH-Westschweiz-Beitrittsvereinbarung bereits im September 2004 ratifiziert hatte. Auf diesen Entscheid des Bernischen Grossen Rates folgten allerdings keine Taten, was die interparlamentarische Kommission angeht. Nachdem die neuen Kantonsbehörden ihre Arbeit aufgenommen hatten, wurde das Dossier reaktiviert und so vervollständigt nun der Kanton Bern mit den anderen sechs Kantonen den Reigen. Die Präsidentin und der Sekretär waren am 23. August nach Bern gereist, um die neue Berner Delegation zu begrüessen sowie um diese über die Geschäfte und Arbeitsweise der interparlamentarischen Kommission zu informieren. Die Sitzung vom 4. September 2006 stellte für die Berner Abgeordneten also eine Premiere dar.

Der Walliser Abgeordnete Jean-Albert Ferrez wurde einstimmig zum Kommissionspräsidenten für das Jahr 2007 ernannt. Ebenfalls einstimmig wurde die Genfer Abgeordnete Janine Hagmann mit dem Vizepräsidium betraut.

Die Präsidentin der strategischen Ausschüsse, Anne-Catherine Lyon, äusserte sich besorgt zum Entwicklungsplan 2008–2011 der FH-Westschweiz, so wie er vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement vorgelegt wurde. Daraus geht nämlich eine drastische Kürzung der Finanzmittel für die Ausbildung hervor. In den Bereichen Forschung und Innovation ist

lediglich ein Ausgabenwachstum von 4.5% auf vier Jahre verteilt (BFI-Botschaft, d.h. Bildung, Forschung und Innovation) anstatt der 6%, die für die Fortführung der bestehenden Projekte unabdingbar sind, vorgesehen. Durch diesen Entscheid gefährdet der Bundesrat die Fachhochschulen und es zeichnen sich schwierige Diskussionen zwischen den Vertretern der Berufsbildung und den Vertretern der Hochschulen ab, die sich den vorgesehenen Betrag teilen müssen.

Die Abgeordneten haben den Hilferuf verstanden und deshalb mit einer grossen Mehrheit eine Resolution verabschiedet. Diese wurde an die strategischen Ausschüsse übergeben, welche sie ihrerseits an die zwei betreffenden Bundesdepartemente (EVD und EDI), die Nationalrats- und Ständeratspräsidenten sowie an sämtliche Bundesparlamentarier aus den FH-Westschweiz-Vereinbarungskantonen weitergeleitet haben.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

**„In Anbetracht der Bundesbestimmungen, die eine Bundessubvention in der Höhe von 30% für die Fachhochschulen vorsehen, sowie der voraussichtlichen Entwicklung der Studierendenzahlen und neuen Aufgaben verlangt die interparlamentarische Aufsichtskommission FH-Westschweiz und FH-GS vom Bund, dass er seinen Verpflichtungen nachkommt und seine finanzielle Beteiligung gewährleistet.**

**Für die Periode 2008-2011 ist eine Erhöhung des BFI-Budgets um 6% unabdingbar, so wie dies auch die Mehrheit der Regierungsparteien fordert. Diese Erhöhung darf nicht auf Kosten der anderen Akteure im Bereich der höheren Bildung und Forschung (ETH, Universitäten, SNF) geschehen.**

**Die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung von lediglich 4.5% wird zweifelsohne nicht ausreichen, um den Bundesanteil abzudecken und wird somit einen Lastentransfer auf die Kantone zur Folge haben. Die interparlamentarische Kommission kann dies nicht akzeptieren.“(Übersetzung)**

*(Anmerkung der Berichterstatterin: In der Zwischenzeit haben die eidgenössischen Räte verschiedene Vorstösse behandelt, die in dieselbe Richtung zielen. In der Herbstsession 2006, die in Flims (GR) stattfand, nahm der Ständerat eine Motion an, die eine Erhöhung von 6% vorsieht, währenddem der Nationalrat seinerseits eine Motion annahm, die eine Erhöhung von 8% vorsieht – also sogar mehr, als was wir mit unserer Resolution verlangen. Der definitive Entscheid wird in einer späteren Session fallen).*

Anschliessend wurde der Bericht der strategischen Ausschüsse besprochen und Staatsrätin Lyon antwortete auf verschiedene Fragen. Das heikle Thema der Finanzierung von Ausbildungen von im Ausland wohnhaften Studierenden wurde erneut aufgegriffen: Die FH-Westschweiz führt Gespräche mit dem Bund. Das Problem wird allerdings erst im künftigen Rahmengesetz über die Hochschulen geregelt werden können.

Thierry Bregnard präsentierte daraufhin der Kommission den Rechnungsabschluss 2005 und erläuterte, dass die Schulen für die Hauptstudien, die Betriebs- und Infrastrukturkosten mittels eines Pauschalensystems (pro Studierenden) entschädigt werden.

Die FH-Westschweiz wird vom Bund und auf Grundlage der in der FHV (Interkantonale Fachhochschulvereinbarung) festgelegten Berechnungsgrundlagen finanziert. Der Restbetrag wird unter den sieben Partnerkantonen anhand der folgenden drei Kriterien aufgeteilt:

- Mitentscheidungsrecht – dafür entrichten die Kantone eine Pauschale in der Höhe von 5% des Budgets. Die Pauschale ist für alle Kantone gleich hoch (1.1 Mio. für die FH-Westschweiz und 0.7 Mio. für die FH-GS).

- Gemeinwohlvorteil – 50% des Budgets, die jeder Kanton proportional zur Anzahl seiner Studierenden bezahlt. Pro Studierenden zahlt der Ursprungskanton CHF 16'000.- (FH-Westschweiz) bzw. CHF 14'000 (FH-GS).
- Standortvorteil – 45% des Budgets, die die Standortkantone der Hochschulen proportional zur Anzahl der an ihren Hochschulen Studierenden bezahlen, d.h. CHF 11'000 (FH-Westschweiz) bzw. CHF 12'000 (FH-GS) pro Studierenden.

Ein Beispiel: Ein Waadtländer Student, der in Freiburg studiert, trägt zum Gemeinwohlvorteil des Kantons Waadt und zum Standortvorteil des Kantons Freiburg bei.

Thierry Bregnard wies darauf hin, dass die Mitglieder der interparlamentarischen Kommission über einen spezifischen Intranetzugang verfügen, auf dem sie 380 Seiten nützliche Dokumentation finden. Die Kommissionsmitglieder erhalten im Hinblick auf die Sitzungen deshalb nur eine Zusammenfassung der Dokumente und können bei Bedarf detailliertere Informationen auf dem Intranet abrufen.

Der Finanzverantwortliche erläuterte daraufhin die Finanzplanung und das provisorische Budget 2007 anhand von verschiedenen Tabellen.

## V. Schlussfolgerung

Am Ende eines Präsidialjahres stellt sich oftmals die Frage: Wozu nützt eine Kommission wie die unsrige? Die Pessimisten werden behaupten, dass sie eine reine Absegnungsinstanz sei und dass die wahre Macht bei den kantonalen Parlamenten liege. Die Optimisten – zu denen ich mich zähle – werden entgegenhalten, dass die Macht immer jenen gehört, die sie auch wirklich ausüben möchten. Die Präsidentin ermuntert ihre Kolleginnen und Kollegen, in ihren jeweiligen Kantonen die Zügel der interparlamentarischen Macht fest in die Hände zu nehmen, denn **wenn wir nicht rechtzeitig auf den interkantonalen Zug aufspringen, ist er – im wahrsten Sinne des Wortes – bald einmal abgefahren.**

Ich möchte allen danken, die sich an dieser interparlamentarischen Arbeit – die in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen wird – beteiligt haben und **empfehle dem Grossen Rat der Kantone Bern, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura im Namen der Kommission und ihres Büros, vom Jahresbericht 2006 der strategischen Ausschüsse FH-Westschweiz und FH-GS Kenntnis zu nehmen.**

Colombier (NE), den 8. Oktober 2006

Marianne Guillaume-Gentil  
 Abgeordnete des Kantons Neuenburg  
 Präsidentin der interparlamentarischen Aufsichtskommission  
 FH-Westschweiz und FH-GS